

Unbeugsam: Die EU nimmt ihm seine Rechte – doch er gibt nicht auf | Oberst Jacques Baud

Am 15. Dezember setzte die EU den ehemaligen Schweizer Oberst Jacques Baud auf ihre Russland-Sanktionsliste und untersagte ihm sogar den Kauf von Lebensmitteln. Er leidet nicht, weil er ein Verbrechen begangen hätte. Im Gegenteil, seine Handlungen sind völlig legal; sie entsprechen nur nicht der Art von „Verhalten“, die die EU gerne sieht. Daher nutzt sie ein außenpolitisches Instrument (Sanktionen), um ihn von allen normalen menschlichen Aktivitäten auszuschließen. Doch Oberst Baud ist unbeugsam. Er widersetzt sich den drakonischen Maßnahmen und hat beschlossen, den Kampf gegen dieses außerrechtliche Unrecht des Regimes aufzunehmen. Machen Sie sich nichts vor: Was Oberst Baud widerfährt, könnte morgen jedem passieren. Die Sanktionen sind ein System reiner, willkürlicher politischer Verfolgung. Links: Neutrality Studies Substack: <https://pascallottaz.substack.com> (Option für den akademischen Bereich in den Profileinstellungen aktivieren: <https://pascallottaz.substack.com/s/academic>) Warenladen: <https://neutralitystudies-shop.fourthwall.com> Zeitmarken: 00:00:00 Einführung 00:01:27 Persönliche Situation und EU-Sanktionen 00:13:25 Präzedenzfälle und Kollateralschäden 00:20:29 Rechtsstrategie und regelbasierte Ordnung 00:33:45 Rechtsstaatlichkeit vs. Herrschaft durch Recht 00:40:43 Mediennarrative und Propaganda 00:52:27 Systemische Schwächen und zukünftige Präzedenzfälle 00:58:27 Wie man Jacques Baud unterstützen kann

#Pascal

Hallo zusammen, hier ist Pascal Lottaz von Neutrality Studies, und heute ist wieder mein Landsmann Jacques Baud bei mir, ein ehemaliger Schweizer Nachrichtendienstoffizier und Oberst der Schweizer Armee. Jacques, willkommen zurück.

#Jacques Baud

Vielen Dank. Vielen Dank, dass Sie mich erneut eingeladen haben. Und danke – ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen für alles zu danken, was Sie zur Unterstützung meines Falls getan haben: die Interviews, die Sie geführt haben, all die Menschen, die ihre Ansichten auf Ihrem Kanal geteilt haben. Ich denke, das ist äußerst hilfreich. Es war auch für mich hilfreich, meinen Fall besser zu verstehen.

#Pascal

Und ich muss es einfach sagen, weil ich es in der Einführung nicht erwähnt habe: Sie stehen derzeit unter Sanktionen der Europäischen Union, obwohl Sie selbst in Europa leben – eigentlich im Herzen des Ganzen – in Belgien. Und seit dem 15. Dezember unterliegen Sie diesen drakonischen Maßnahmen, bei denen all Ihr Geld eingefroren ist. Sie dürfen nicht reisen, Sie dürfen Belgien nicht verlassen, Sie dürfen keine Lebensmittel kaufen, Sie dürfen gar nichts kaufen. Niemand darf mit Ihnen Geschäfte machen. Das ist eine ziemlich verrückte Situation, oder? Können Sie sie für uns ein wenig beschreiben, für diejenigen, die noch nichts davon gehört haben – obwohl ich sicher bin, dass viele unserer Zuhörer inzwischen von dem Fall gehört haben?

#Jacques Baud

Ich denke, inzwischen wissen, wie du gesagt hast, viele Menschen weltweit davon. Aber jedenfalls wurde ich, wie du richtig gesagt hast, am 15. Dezember mit Sanktionen belegt. Ich wurde vorher nicht informiert, also wurde ich an diesem Tag überrascht. Das ist eine politische Entscheidung, keine gerichtliche, was bedeutet, dass ich nie vor einem Gericht stand. Ich habe niemals ein Gesetz gebrochen und wurde auch nie beschuldigt, ein Gesetz gebrochen zu haben. Ich hatte keine Möglichkeit, mich zu verteidigen, mich von einem Anwalt vertreten zu lassen oder meinen Fall darzulegen. Mir wurde der Fall bisher nicht einmal gezeigt. Es handelt sich also um eine einseitige Entscheidung – eine, die mir meine Bewegungsfreiheit und, ich würde sogar sagen, meine Lebensfreiheit nimmt, weil, wie du richtig gesagt hast, die Sanktionen meine Konten in der EU eingefroren haben, was bedeutet, dass ich nichts bezahlen kann.

Ich kann meine Rechnungen nicht bezahlen. Ich kann kein Essen kaufen. Ich kann, ich weiß nicht, kein Benzin für mein Auto oder sonst etwas kaufen. Seit dem 15. Dezember lebe ich vollständig von der Großzügigkeit meiner Nachbarn, von der Solidarität der Menschen hier in Brüssel. Ich habe viele Hilfsangebote erhalten – Menschen, die mich innerhalb der Europäischen Union unterstützen wollen, in Frankreich, den Niederlanden, Deutschland, der Schweiz natürlich und so weiter. Aber bisher lebe ich von der Großzügigkeit der Menschen in meiner Nachbarschaft. Die EU hat mir ohne jedes ordnungsgemäße Verfahren tatsächlich meine grundlegenden Freiheiten entzogen – einschließlich der Meinungsfreiheit, übrigens. Das ist ziemlich merkwürdig, denn wie Sie wahrscheinlich wissen, bin ich Experte für Rechtsstaatlichkeit bei den Vereinten Nationen.

#Pascal

Sie haben für die Vereinten Nationen gearbeitet – für mehrere UN-Organisationen – und außerdem als Berater der NATO gedient.

#Jacques Baud

In den letzten 20 Jahren meines Lebens habe ich für internationale Institutionen gearbeitet. Ich habe für die Vereinten Nationen gearbeitet, hauptsächlich in Friedenssicherungsmissionen, aber auch

im Bereich institutioneller Reformen. Zum Beispiel war ich in der Ukraine als Experte für die Reform dieser Institution tätig. Ich habe für die Afrikanische Union in Nairobi gearbeitet, und meine letzte Position war die eines Beraters bei der NATO. Dort war ich verantwortlich für den Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen innerhalb der NATO. In dieser Funktion kam ich auch, sagen wir, mit dem Konflikt in der Ukraine in Berührung, denn das war genau im Jahr 2014, als der Konflikt dort wirklich begann. Das ist also mein Hintergrund.

Davor war ich Offizier für strategische Analyse im Schweizer Nachrichtendienst. Das ist schon lange her. Ich war zuständig für den Warschauer Pakt – nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für alle osteuropäischen Länder. Und das ist, mehr oder weniger, mein Hintergrund in Kürze. Ich habe umfangreiche Erfahrung in der Konfliktvermittlung, und das ist wichtig zu verstehen, weil ich mehrere Konflikte in Afrika vermittelt habe, bei denen – nun ja, gerade wenn man vermittelt, darf man keine Partei im Konflikt sein. Das heißt, man muss die Position beider Seiten verstehen, und man darf als Vermittler nicht zeigen, dass man Partei A oder Partei B bevorzugt. Man muss unparteiisch sein. Unparteiisch bedeutet, keiner Partei anzugehören.

Und genau das entspricht meiner beruflichen Erfahrung. Ich habe in verschiedenen Konflikten vermittelt. In dieser Funktion konnte ich Geiseln allein durch Gespräche mit den beteiligten Parteien helfen oder sogar befreien – auf sehr ähnliche Weise, wie es das IKRK in vielen Fällen tut. Man bezieht keine Position; man analysiert, man versteht die Haltung beider Seiten, und das hilft, das Problem zu lösen. Und genau dieselbe Haltung habe ich bei jedem anderen Konflikt – sei es in Palästina, Venezuela oder der Ukraine. Ich habe keinerlei Parteinahme. Ich habe niemals in irgendeiner Weise gesagt, dass ich für den Sieg von Partei A oder Partei B oder für die Niederlage von Partei A oder Partei B sei. Das ist nicht mein Leitmotiv.

Ich meine, ich bin Analyst, und ich versuche zu verstehen, wie beide Seiten in einem Konflikt denken. Das ist die ganze Idee. Deshalb ist es wichtig, das zu begreifen, um zu sehen, wie die Sanktionen wirken. Tatsächlich steht im Text der Sanktionen, dass ich ein Sprachrohr Russlands sei, und das kann ich nicht nachvollziehen, weil ich das nie beabsichtigt habe. Ich habe Einladungen russischer Medien, in ihren Sendungen aufzutreten, abgelehnt. Es kann sein, dass einige meiner Interviews von russischen Medien aufgegriffen und verwendet wurden – das ist möglich –, aber ich habe nie zugestimmt, direkt von ihnen interviewt zu werden, gerade um zu vermeiden, dass meine Arbeit als Propaganda missverstanden wird.

Und wenn Sie meine Bücher lesen – ich habe mehrere über Konflikte geschrieben, insbesondere über den in der Ukraine –, werden Sie sehen, dass ich jede Sprache vermeide, die üblicherweise mit Propaganda in Verbindung gebracht wird, wie etwa „Banderit“ oder „ukrainischer Nazi“ oder Ähnliches. Ich erkläre den Unterschied zwischen Nazi und Neonazi. Ich verwende das Wort „Nazi“ nicht, um zum Beispiel Ultranationalisten zu beschreiben. Das habe ich nie getan, und ich erkläre, warum ich das nicht tue und auch nicht tun möchte. Ich habe also alles darangesetzt, kein Propagandist zu sein. Und das sagt wahrscheinlich etwas über die Sanktionen aus, denn trotz aller Bemühungen, neutral und unparteiisch zu bleiben, gilt man trotzdem als Propagandist.

#Pascal

Und das ist schon etwas. Das ist nur eine Ebene. Die andere Ebene jedoch ist, dass selbst wenn du das getan hättest – selbst wenn du Propaganda betrieben, selbst wenn du sie wiederholt hättest – es immer noch kein Gesetz in der Europäischen Union verletzen würde. Das wäre immer noch legal. Es würde weiterhin unter die Meinungsfreiheit fallen. Und genau das ist der Grund, warum du sanktioniert wirst und warum sie nicht die Polizei schicken, um dich zu verhaften – weil du keine Gesetze gebrochen hast. Die Europäische Union sagt sogar selbst, dass Sanktionen keine Strafe sind. Sie sagen das ausdrücklich. Sanktionen sind ein außerrechtlicher Mechanismus, um das Leben einer Person zu zerstören. Und sie sind außerrechtlich, weil sie nicht illegal sind – sie liegen tatsächlich im Zuständigkeitsbereich des EU-Rates –, aber sie umgehen alle rechtlichen Schutzmechanismen, die du normalerweise hättest. Deshalb sagen sie dir, du müsstest vor den Europäischen Gerichtshof gehen, um sie aufheben zu lassen. Im besten Fall kannst du sie zurückbekommen, aber sie haben sie dir entzogen, indem sie selbst die rechtlichen Schutzmechanismen umgangen haben, die du in Belgien eigentlich haben solltest.

#Jacques Baud

Entschuldigen Sie die Unterbrechung. Sie haben damit völlig recht. Ich stimme Ihnen vollkommen zu. Und übrigens haben Sie das in einigen Ihrer früheren Videos äußerst gut erklärt. Das ist sehr interessant. Aber es gibt, wenn Sie so wollen, noch eine zusätzliche Ebene dazu. Denn, wie Sie wissen, wurde die Entscheidung über die Sanktionen vom Rat der Außenminister der EU getroffen. Im Wesentlichen sind diese Sanktionen tatsächlich eine außenpolitische Maßnahme. Ja. Aber ich lebe innerhalb der EU. Ja. Und hier sieht man den Widerspruch. Das ist sehr interessant, weil wir uns auf eine Situation zubewegen, die gar nicht so weit entfernt ist von dem, was Sie in den USA unmittelbar nach dem 11. September mit dem Patriot Act hatten – ein Beispiel, das die Grenze zwischen Außenpolitik oder außenpolitischem Handeln und innenpolitischem Handeln im Sicherheitsbereich verwischt.

Und hier befinden wir uns in einer sehr ähnlichen Situation, obwohl ich keinerlei Sicherheit habe – im Grunde genommen kein einziges Gesetz in Bezug auf Sicherheit. Aber die EU nutzt außenpolitische Instrumente, um jemanden zu sanktionieren, der sich innerhalb der EU befindet. Das ist, soweit ich weiß, ziemlich einzigartig. Es gibt andere Fälle von Personen, die ebenfalls sanktioniert wurden, auch wegen Fragen im Zusammenhang mit Meinungsfreiheit, Pressefreiheit oder ähnlichen Themen. Ich kenne nicht alle Fälle. Nach meinem Verständnis – und ich könnte mich darin irren – leben die meisten von ihnen außerhalb der EU. Das bedeutet natürlich, dass es, wie Sie zu Recht gesagt haben, weiterhin um Fragen der Meinungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung und all dessen geht.

Im Grunde handelt es sich um dasselbe Menschenrechtsproblem. Aber darüber hinaus habe ich ein weiteres Problem – und das ist ein institutionelles Problem innerhalb der EU –, nämlich dass sie außenpolitische Maßnahmen einsetzen, um innenpolitische Fragen zu behandeln. Das ist eine neue

Ebene des Ganzen. Ich verstehe, dass es einige Erklärungen für die Verwendung der Sanktionen gibt. Aber diese Sanktionen sollen eigentlich Personen treffen, die außerhalb der EU leben. Ich meine, auf der Liste, auf der ich stehe – der Liste vom 15. Dezember – befinden sich etwa 60 Einrichtungen oder Personen. Ich glaube, ich bin die einzige Person, die in der EU lebt. Die meisten von ihnen sind außerhalb der EU.

#Pascal

Entschuldigung, ja. Es gibt tatsächlich einen Fall – den vor meinem – und sein Name ist Hussein Dogru. Er ist deutscher Staatsbürger und lebt in Deutschland. Er wurde Ende 2024 oder Anfang 2025 im Rahmen desselben Sanktionsregimes sanktioniert. Die EU hat tatsächlich drei Sanktionsregime, aber dieses hier ist das Russland-Sanktionsregime. Und er steht nun seit über einem Jahr in Deutschland unter Sanktionen. Das Empörende ist, dass in der Sanktionsliste seine Staatsangehörigkeit als türkisch angegeben ist. Aber er sagte mir in einem Interview: „Nein, ich bin nicht türkisch. Ich habe keine türkische Staatsangehörigkeit. Ich bin Deutscher, und nur Deutscher.“ Trotzdem führen sie ihn weiterhin als Türken.

#Jacques Baud

Das ist ein interessanter Punkt, denn in meinem Fall – ich kann seinen Fall natürlich nicht beurteilen – deutet das auf eine ziemlich vage Entscheidungsfindung hin. In meinem Fall, und ich bin mir nicht sicher, ob die Leute das verstehen, sehe ich mich selbst nicht als das Hauptziel meiner eigenen Sanktion. Ich denke – ich weiß nicht genau, wie der Prozess abläuft –, aber nach einigen Informationen, die ich habe, wurde ich von der französischen Regierung auf die Sanktionsliste gesetzt. Meine persönliche Interpretation – und das ist wirklich nur meine Interpretation, ich habe keinen wirklichen Beweis – ist, dass das eigentliche Ziel der französischen Regierung in Wirklichkeit Xavier Moreau war, ein französischer Staatsbürger, der in Russland lebt und ebenfalls mit RT und ähnlichen Medien arbeitet. Er ist also wahrscheinlich das eigentliche Ziel der französischen Regierung.

Aber das wäre das erste Mal, dass die französische Regierung ihre eigenen Bürger ins Visier nimmt. Und persönlich – das ist nur meine Interpretation – ich kann mich da auch irren. Aber meine Interpretation ist, dass die französische Regierung nicht zeigen wollte, dass sie einen französischen Staatsbürger ins Visier nimmt. Sie wollten den Rahmen etwas erweitern, und deshalb haben sie mich genommen als... Ich meine, ich betrachte mich in dieser Angelegenheit als Kollateralschaden, auch wenn ich tatsächlich stärker betroffen bin als Xavier Moreau, weil er in Moskau lebt. Aber ich denke trotzdem – wieder mit allen Vorbehalten, weil ich es nicht sicher weiß – das ist meine persönliche Interpretation. Die nächste Frage ist, dass laut meinen Anwälten die französische Regierung höchstwahrscheinlich – nun, mit Sicherheit – vorher mit der Schweizer Regierung gesprochen hat, und die Schweizer Regierung hat darauf nicht reagiert. Und das wirft eine weitere Frage auf, aber...

#Pascal

Oh, es ist eine entsetzliche Situation. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass die Schweiz einfach nichts unternimmt, wenn es um eine ihrer eigenen Bürgerinnen oder einen ihrer eigenen Bürger geht. Aber so ist es nun einmal. Wissen Sie, ich habe innerhalb von drei oder vier Tagen über 350 Unterschriften gesammelt – von Wissenschaftlern, Journalisten, ehemaligen Diplomaten – und sie an unser Außenministerium geschickt. Und bis jetzt habe ich nur eine automatische Antwort erhalten: „Wir haben Ihre Mitteilung erhalten“, und seit dem 19. oder 20. Dezember, oder so ähnlich, nichts mehr. Ich meine, die offizielle Schweiz tut nichts. Und die Europäische Union ist es, die offiziell selbst die grundlegendsten Menschenrechte entzieht. Meiner Interpretation nach handelt es sich tatsächlich um einen Testprozess, um herauszufinden, wie weit man gehen kann. Denn sie haben inzwischen EU-Bürger sanktioniert, russische Bürger in Russland sanktioniert, EU-Bürger in Russland sanktioniert, Schweizer Bürger in der Schweiz sanktioniert – und jetzt haben sie einen Schweizer Bürger in der EU sanktioniert. Es ist wie ein Erkundungsexperiment, um zu sehen, was möglich ist.

#Jacques Baud

Das könnte so sein. Ich meine, der Prozess, den du beschreibst, weist darauf hin. Persönlich habe ich dazu keine wirkliche Meinung – es könnte so sein oder auch nicht. Ich weiß es nicht. Die Sache ist die: Wir sehen immer mehr, dass – wie ich dir schon sagte – ich ein Experte für Rechtsstaatlichkeit bin. Und wenn man über Rechtsstaatlichkeit spricht, sagt der Ausdruck selbst schon viel – es ist die Herrschaft des Rechts. Aber hier haben wir es mit einem Fall zu tun, der nicht durch das Recht, sondern durch politische Richtlinien bestimmt wird. Man kann sehen, dass in modernen Staaten seit dem 18. Jahrhundert die Regierungsführung im Allgemeinen durch das Recht und die Rechtsstaatlichkeit definiert wurde. Und jetzt befinden wir uns in einer Situation, in der politische Richtlinien das Recht überlagern. Tatsächlich ist es interessant, dass wir heutzutage mehrere solcher Fälle haben. Ich möchte nicht näher auf den Fall von Herrn Maduro eingehen, aber wir befinden uns genau in derselben Situation – politische Richtlinien stehen über dem Recht, und in diesem Fall über dem Völkerrecht.

Und das, denke ich, ist eine sehr gefährliche Situation – nicht nur eine Situation, sondern tatsächlich ein Trend. Denn wir sehen immer häufiger, dass wir dazu neigen, Entscheidungen zu treffen, ohne auf Fakten zu achten. Und da wir schlechte Entscheidungen treffen, müssen wir diese schlechten Entscheidungen dann schützen, indem wir den Menschen sagen, sie würden Propaganda verbreiten, wenn sie widersprechen. Es ist ein Teufelskreis, in den wir uns begeben. Und wir haben gesehen, dass das im Grunde genommen etwas sehr Altes ist. In meinem Buch „Regieren mit Fake News“ erwähne ich all die Fälle, die wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt haben. Aber diese Entwicklung hat sich, würde ich sagen, in gewissem Maße nach dem 11. September beschleunigt, als wir das Gefühl hatten, dass Sicherheit über jedem Gesetz stehen sollte. Man denke an den Fall Guantanamo und all die anderen Fälle, in denen das Recht tatsächlich missachtet wurde, um politische Ziele zu begünstigen.

#Pascal

Entschuldigung, ja. Nein, nein, Sie haben völlig recht. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass ein anderer Gast in meiner Sendung einmal eine sehr wichtige Beobachtung gemacht hat – nämlich, dass sich die Vereinigten Staaten, und offenbar nun auch die EU, von einem Modell der Rechtsstaatlichkeit, in dem das Gesetz für alle gleichermaßen gilt, hin zu einer Herrschaft durch das Gesetz bewegen, bei der das Gesetz als Hammer gegen diejenigen eingesetzt wird, die man nicht mag, aber nicht gegen diejenigen, die man mag. Man wendet es äußerst selektiv an. Und in gewisser Weise ist das, was die EU mit den Sanktionen tut, genau einer dieser Momente. Es verschlimmert die ganze Situation, weil es kein festgelegtes Verfahren gibt, wenn jemand sanktioniert wird, richtig? Wiederum, weil es nicht illegal ist – das, was man tut, ist nicht illegal. Daher können sie frei auswählen, wen sie ins Visier nehmen wollen. Und was es noch schlimmer macht, ist, dass sie alles als Rechtfertigung heranziehen können.

Und ich weiß nicht, was Ihre Anwälte Ihnen gesagt haben – vielleicht können Sie uns erklären, wie Sie planen, dagegen Berufung einzulegen –, aber da es sich letztlich um eine politische Entscheidung handelt, hat mir Sandra Hofer, mit der ich auf meinem Kanal spreche, gesagt, dass der Europäische Gerichtshof nur prüft, ob der Vorwurf in der Sanktionsdatenbank sachlich richtig ist oder nicht. Wenn er feststellt, dass er sachlich richtig ist, bleiben die Sanktionen bestehen, selbst wenn das, was Sie getan haben, nicht illegal ist. Wenn Sie jedoch beweisen können, dass er nicht sachlich richtig ist, wird er aufgehoben. Dann kann die EU einfach die Definition ändern und Ihnen etwas anderes vorwerfen, und Sie stehen wieder auf der Liste. Wir hatten Fälle gegen Russen, bei denen der EuGH sagte: „Nein, nein, das stimmt nicht – streichen Sie sie.“ Das wurde getan, und dann wurden sie sofort mit einem anderen Vorwurf wieder aufgenommen. Arbeiten Ihre Anwälte an diesem Problem?

#Jacques Baud

Ja, absolut. Wir sind uns dessen bewusst. Ich möchte die Einzelheiten nicht besprechen, weil das Teil der Strategie ist, mit der wir den Fall führen werden. Aber im Wesentlichen hast du völlig recht, und meine Anwälte sind sich dessen voll bewusst. Sie sind erfahren und haben bereits mit Fragen im Zusammenhang mit Sanktionen zu tun gehabt, insbesondere mit den russischen, die ihre eigenen Besonderheiten haben. Jeder, mit dem ich gesprochen habe, versteht das. Die Sache ist die: Was du vorhin gesagt hast, findet bei den meisten Menschen kaum Anklang, aber es ist die Realität – und ich weiß, dass du dir dessen bewusst bist. Wir sind von einer auf dem Völkerrecht basierenden Ordnung zu einer regelbasierten Ordnung übergegangen. Ja.

Und genau das ist der Unterschied. Denn Recht ist Recht. Es ist geschrieben. Recht wird gegeben und definiert – definiert heißt klar. Ich meine, man hat einen Text. Er kann komplex sein, er kann schwierig sein, aber man hat etwas. Regeln hingegen sind nicht geschrieben. Sie können Auslegungen des Rechts sein, sie können Richtlinien sein, Dinge dieser Art. Und wenn wir nur über die Schweiz sprechen, zum Beispiel, war ich überrascht zu sehen, dass wir in den Berichten über unsere nationale Sicherheitspolitik – die wir jährlich haben, sowohl über die Sicherheit der Schweiz,

den Bericht der strategischen Nachrichtendienste, als auch den Bericht zur Sicherheitspolitik – überhaupt keine rechtsbasierte internationale Ordnung erwähnen.

Seit etwa zehn Jahren beziehen sich die Dokumente nun auf eine internationale, regelbasierte Ordnung. Und im Fall der Schweiz – ich kann natürlich nicht für andere Länder sprechen – aber in der Schweiz ist mir keine öffentliche Debatte über diese Frage bekannt. Nein. Ich meine, der Wechsel von einer auf internationalem Recht basierenden Ordnung und deren Einhaltung hin zu einer regelbasierten Ordnung – diese Diskussion hat nie stattgefunden. Ich habe mehrere Jahre für das Außenministerium gearbeitet, bevor ich auf verschiedene Missionen ins Ausland geschickt wurde, obwohl ich übrigens weiterhin Mitglied des Schweizer Außenministeriums blieb.

Aber trotzdem habe ich nie etwas über eine Debatte darüber gehört, nicht einmal innerhalb des Ministeriums – was bedeutet, dass wir einen wesentlichen Teil unserer Außenpolitik verändert haben, ohne dass die Öffentlichkeit wirklich davon wusste. Es ist eine stille Politikänderung, die niemand wirklich bemerkt hat. Und heute ist der Begriff „regelbasiert“ – also „regelbasierte Ordnung“, „internationale regelbasierte Ordnung“ – allgemein akzeptiert. Wir erleben das überall, und ich denke, das ist eine Entwicklung, die wir weltweit beobachten können. Die USA waren diejenigen, die diesen Politikwechsel vorangetrieben haben, und heute ist er überall zu finden. Wenn man sich öffentliche Dokumente oder ähnliche Materialien in verschiedenen Ministerien in Europa ansieht, stellt man fest, dass jetzt überall von einer „regelbasierten Ordnung“ die Rede ist. Und genau das ist der Punkt in meinem Fall – es handelt sich nicht um einen durch Gesetze definierten Fall, sondern um einen, der durch Regeln bestimmt ist. Punkt. Ja, genau.

#Pascal

Und die Regeln werden willkürlich gemacht – das ist der Punkt. Während sie weitermachen, während sie sie erfinden, ziehen sie sie einfach aus der Nase. Genau. Die eigentliche Frage ist, was wir dagegen tun. Denn die Europäische Union hat es inzwischen geschafft, einen Prozess zu schaffen, bei dem sie im Rahmen des Vertrags von Lissabon rechtlich befugt ist, ein System einzurichten, das es ihr ermöglicht, selbst die grundlegendsten Menschenrechtsschutzmechanismen der Mitgliedstaaten zu umgehen. Das ist das Schreckliche daran. Und du bist eines der ersten – nicht das allererste, aber eines der ersten – Beispiele dafür, und eines, bei dem es sehr deutlich, sehr offensichtlich wird, dass dies jetzt ein Regime ist.

#Jacques Baud

Wir haben – ich meine, als Schweizer habe ich einen kleinen Vorteil in dem Sinne, dass die Schweiz heute kein Mitglied der EU ist. Wie Sie vielleicht wissen, gibt es Diskussionen über mögliche Abkommen, um Zugang zu erhalten und eine engere Zusammenarbeit mit der EU zu erreichen. Aber interessanterweise ist mein Fall in der Schweiz inzwischen zu einem Beispiel für diejenigen geworden, die sich gegen eine weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aussprechen. Ich habe also einen leichten Vorteil gegenüber denen, die bereits in Ländern leben,

die zur EU gehören, weil wir jetzt in der Schweiz Menschen haben, die darauf reagieren und die Gefahr erkennen, der EU näherzukommen. Und das ist etwas, dessen sich die Regierung wahrscheinlich heute allmählich bewusst wird.

Und das könnte die Regierung dazu veranlassen, Maßnahmen zu ergreifen, weil dies einen verheerenden Einfluss auf die öffentliche Meinung in der Schweiz hat. Aber trotzdem hast du völlig recht. Das sind grundlegende Fragen, und wir haben eine allmähliche Verschiebung in den politischen Maßnahmen gesehen, die der Idee von „Recht“ oder „Gesetz“ mehr Gewicht verleihen. Und das ist etwas, das bis heute kaum jemand bemerkt, weil jeder versteht, dass Russland schlecht ist – das versteht wirklich jeder. Aber wir könnten einen anderen Fall finden, und ein gutes Beispiel wäre Dänemark mit Grönland. Wenn man beginnt, das zu verstehen – wo steht man dann? Und was ist deine Position? Denn das sind Fälle, in denen wir heute eine Art Einmütigkeit darüber haben, was falsch oder schlecht ist – aber wir haben übrigens eine sehr merkwürdige Situation im Hinblick auf den Konflikt in der Ukraine.

Aber das ist eine andere Frage. In jedem Fall gibt es eine Art Konsens, dass Russland schlecht ist, und daher sagen alle: Nun, wenn du etwas sagst, das auch nur ein wenig zugunsten Russlands klingt, dann bist du pro-russisch, Punkt. Aber denk jetzt einmal darüber nach: Wenn du etwas sagst, das zugunsten der USA gegenüber Dänemark ist, oder etwas in dieser Art – wie würde man dich dann behandeln? Und siehst du, wir werden mehr solcher Fälle haben. Ich meine, ich weiß nicht, wie lange der Konflikt in der Ukraine dauern wird – wir werden sehen –, aber danach könnte etwas anderes kommen. Und danach könnten Menschen, die heute im Mainstream sind, sich plötzlich aus irgendeinem Grund außerhalb des Mainstreams wiederfinden. Und dann können sie nach denselben Regeln angegriffen werden.

#Pascal

Natürlich, genau deshalb wollen wir kein willkürliches Bestrafungssystem – wir wollen ein systematisches, damit wir wissen, wie wir die Gesellschaft strukturieren. Es ist ganz einfach. Ich möchte dich jedoch etwas fragen, und das geht tief in dein Fachgebiet. Sanktionen sind ein Mittel – ein sogenanntes Mittel – eines, wie heißt das Wort, das ich suche, eines souveränen Rechts, richtig? Innerhalb der EU oder in jedem Land der Welt – obwohl die EU kein Land ist – hat sie Rechte gemäß dem Vertrag. Sie hat das Recht, Geschäfte auf ihrem Territorium einzuschränken, was im Grunde das ist, was sie tut. Und die USA tun dasselbe, wenn sie Sanktionen verhängen.

Aber nach internationalem Recht gelten diese als Zwangsmaßnahmen. Und wenn ich mich nicht irre, besagt die UN-Charta, dass nur der Sicherheitsrat das Recht hat, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, weil sie als, nun ja, halbkriegerische Handlungen oder als internationale Gewaltakte betrachtet werden. Und nur der Sicherheitsrat soll solche Maßnahmen durchführen. Nun, die USA haben schon immer Sanktionen eingesetzt. Die EU nutzt Sanktionen ebenfalls seit Langem. Aber andere Länder tun das nicht so häufig. Ich meine, sind Sanktionen selbst nach internationalem Recht – also einseitige Sanktionen von Staaten – wie werden sie betrachtet?

#Jacques Baud

Das ist sehr interessant. Und wir befinden uns hier in einer Art Grauzone, weil die USA offensichtlich mit einseitigen Sanktionen einen Präzedenzfall geschaffen haben. Institutionell gesehen, wie Sie zu Recht gesagt haben, ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen theoretisch das einzige Gremium, das Sanktionen gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen verhängen darf. Aus irgendeinem Grund – wenn man sich zum Beispiel die Charta ansieht – gibt es dafür viele Begründungen. Die, auf die ich mich normalerweise beziehe, ist, dass die UN-Charta festlegt, dass man sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Staaten einmischen darf. Und Sanktionen sind im Wesentlichen ein Mittel, um die inneren Angelegenheiten von Staaten zu beeinflussen, was bedeutet, dass, da die UN die Regeln aufgestellt hat, sie auch berechtigt war, sie zu brechen – wenn ich es ganz einfach ausdrücke.

Das ist eine sehr vereinfachte Sichtweise darauf. Genau deshalb hat der UN-Sicherheitsrat diese Befugnis. Die USA, weil sie mächtiger sind – aber das ist eben das Gesetz des Stärkeren, Punkt. Die USA haben das getan. Die EU tut es auch. Aber wenn man sich zum Beispiel die Schweiz ansieht – das ist sehr interessant – wenn man sich die gegen Russland verhängten Sanktionen anschaut, ich habe das übrigens in meinem Buch veröffentlicht. Wenn man sich die Anzahl der Sanktionen ansieht, haben die USA offensichtlich die meisten gegen Russland. Aber an zweiter Stelle – und das war Anfang Dezember letzten Jahres – steht die Schweiz, noch vor der EU. Es ist also nicht so, dass die Schweiz einfach nur die EU-Sanktionen übernimmt.

Ich meine, sie machen wahrscheinlich ein bisschen was, aber sie verhängen sogar noch mehr Sanktionen. Sie haben also ihre eigenen Sanktionen. Ja. Und das ist ein sehr interessanter Punkt, denn die Schweiz ist offensichtlich keine Supermacht, oder? Sie tut das vielleicht teilweise, weil sie Reaktionen ihrer mächtigen Nachbarn fürchtet. Die Schweiz ist ja vom Gebiet der Europäischen Union umschlossen, also könnte sie auch Konsequenzen zu spüren bekommen, wenn sie bei bestimmten politischen Maßnahmen nicht proaktiv ist. So war es sicherlich auch im Fall der USA. Und das Thema Sanktionen ist nichts Neues. Darüber wurde schon in den 1980er-Jahren diskutiert – mit afrikanischen Staatschefs, Diktatoren oder wem auch immer. Und die Schweiz war am Anfang sehr zögerlich, Sanktionen zu verhängen oder Personen, deren Besitz oder ähnliche Dinge zu sanktionieren.

Aber natürlich gab es Druck aus den USA, die sagten: „Nun, wenn ihr keine Maßnahmen gegen dieses Land ergreift, werden wir die Tätigkeit einiger Schweizer Banken in den USA blockieren.“ Und hier stehen wir nun. Das Problem an dieser Situation ist, dass wir uns erneut von internationalem Recht hin zu etwas bewegt haben, das eher einer mafiösen Form internationaler Beziehungen gleicht – basierend auf dem Einsatz von Gewalt, Zwang und im Grunde Erpressung. Und das ist äußerst besorgniserregend, aber nicht wirklich neu. Es wird immer offensichtlicher, doch das geht nun schon seit etwa dreißig Jahren so.

#Pascal

Als ich mit unserer Landsfrau Natalie Yumb sprach – sie ist Schweizerin, aber als die Sanktionen verhängt wurden, befand sie sich gerade in einem afrikanischen Land – erzählte sie mir, dass sie nicht in die Schweiz zurückkehren könne, weil das Land jetzt wie eine Insel sei und es sanktionierten Personen verboten sei, den EU-Luftraum zu überfliegen. Sie sagte, dass dies, als jemand, der sich für die afrikanische Sache eingesetzt hat – sie ist halb Kamerunerin –, genau die gleichen Maßnahmen seien, die seit siebzig Jahren gegen afrikanische Aktivisten angewendet werden.

Also sagte sie: Wir sind mit dieser Art von Behandlung nicht unvertraut, aber jetzt wird sie auf Menschen innerhalb der EU, auf Menschen in der Schweiz ausgeweitet. Es ist also, als käme der koloniale Prozess nach Hause zurück. Und genau das macht es so beängstigend – diese nach innen gerichtete Außenpolitik. Müssten wir da nicht, ich meine ... natürlich können wir das nicht tun. Aber wenn wir damit fertig sind und unsere Lehren daraus gezogen haben, müssten wir dann nicht zu dem Schluss kommen, dass Sanktionen im Allgemeinen eine unrechtmäßige Art sind, mit anderen Menschen umzugehen?

#Jacques Baud

Und ich kann nicht über den Fall von Frau Yumb sprechen, weil ich die Einzelheiten nicht kenne, erstens. Ich kann auch nicht wirklich über jene Aktivisten sprechen, die zuvor sanktioniert wurden. Ehrlich gesagt war mir nicht bewusst, dass es Sanktionen gegen sie gab. Aber noch einmal, es ist nicht so, dass sie nicht existieren – ich wusste einfach nichts davon. Deshalb möchte ich nicht über Dinge sprechen, von denen ich nichts weiß. Offensichtlich seltsam ist, dass Menschen, die kein Gesetz gebrochen haben, von EU-Mitgliedsstaaten, die nicht einmal ihre eigenen sind, auf eine Sanktionsliste gesetzt werden können. Ich könnte es verstehen, wenn man Menschen aus dem eigenen Land sanktioniert.

Ich meine, wenn sie das Gesetz brechen, wenn sie eine Bedrohung für die eigene Sicherheit darstellen, dann kann man wahrscheinlich auch Personen außerhalb des eigenen Landes ins Visier nehmen, weil sie eine Gefahr für die Sicherheit darstellen – Terroristen zum Beispiel. Das kann ich verstehen. Das Problem hier ist, dass wir über ein Land sprechen. Denn wenn Frau Yumb, wie in meinem Fall, auf eine Sanktionsliste gesetzt wurde, dann kam das nicht aus der Schweiz; es kam aus einem EU-Land. Also dieses Land – sagen wir, es war Frankreich zum Beispiel – war es tatsächlich physisch bedroht? Ich meine, waren diese Personen echte Sicherheitsrisiken? Einen Terroristen oder etwas in der Art kann man dokumentieren, aber jemanden, der einfach nur eine bestimmte Position vertritt?

Und noch einmal, in meinem Fall vertrete ich keine bestimmte Sache. Ich betrachte mich nicht als Aktivisten. Aber trotzdem gilt die Meinungsfreiheit für alle gleichermaßen. Die Sache ist die: Wenn man keine direkte Bedrohung für ein Land darstellt, wie kann ein fremdes Land einen dann beschuldigen? Ich meine, wir sprechen hier über Frankreich – es könnte genauso gut die USA sein. Die USA könnten entscheiden, dass ich ein Terrorist bin, oder dass ich ein Aktivist bin, oder dass ich

nicht sprechen darf, oder dass ich ... Sie sehen, ich habe sogar gelächelt, als es Thierry Breton passiert ist, aber es ist derselbe Fall. Die USA verhängen Sanktionen gegen Menschen und Organisationen auf der ganzen Welt – das können Unternehmen sein, das kann jeder sein.

Wir müssen das nicht einmal dokumentieren. Denn am Ende des Tages ist es in meinem Fall offensichtlich – aber für all jene, die auf einer Sanktionsliste stehen, kann man sie einfach so daraufsetzen. Ich meine, niemand muss irgendetwas beweisen. Nehmen wir zum Beispiel den Fall Maduro. Die Begründung für den Angriff auf ihn war, dass er der Kopf eines Drogenkartells sei. Und heute haben wir erfahren, dass dieses Kartell gar nicht existiert und das Justizministerium die Anklage fallen gelassen hat. Wir haben es also mit etwas zu tun, das, wie du vorhin gesagt hast, völlig willkürlich ist. Wir können die Bedrohung definieren, wie wir wollen. Wir müssen nicht einmal zeigen, dass sie wirklich existiert. Es ist noch schlimmer.

#Pascal

Ich meine, es muss nicht einmal rechtlich eine Drohung sein. Wenn sie wollen, können sie deinen Namen auf die Liste setzen und dich beschuldigen, ein über 60-jähriger Schweizer in Brüssel zu sein. Und das würde Bestand haben. Das würde Bestand haben. Du würdest trotzdem auf der Liste stehen. Ich meine, anscheinend ist es in Brüssel genauso illegal, über 60 zu sein, wie es ist, die russischen und ukrainischen Positionen zu analysieren. Ich mache keine Witze. Es klingt lächerlich, aber so ist es – reine willkürliche Bestrafung für Russland.

#Jacques Baud

Ich mag dein Gesicht nicht. Du wirst bestraft werden. Ganz sicher. Ganz sicher. Aber die Sache ist, weißt du, ich denke – natürlich, das ist etwas, auf das ich verzichten könnte, Sanktionen, ehrlich gesagt. Aber wenn wir es kritisch und mit etwas Abstand betrachten, versteht jeder, der ein wenig Kenntnis des Falls hat, dass – egal, was man über wen auch immer denkt, Russland, Ukraine, wen auch immer – jeder versteht, dass es ungerechtfertigt ist. Ich meine, es gab ein paar Schweizer Journalisten, die es für gerechtfertigt hielten.

#Pascal

Hast du diesen schrecklichen Artikel im Schweizer Offiziersverband gelesen?

#Jacques Baud

Ich habe diesen Artikel gelesen. Aber wieder einmal ist er so schlecht dokumentiert, dass ich nicht sicher bin, ob der Mann überhaupt etwas davon hatte. Übrigens ist es mit der Europäischen Union dasselbe. Am Ende, da jeder versteht, dass es unbegründet ist, haben mich viele Menschen, die

meine Interviews auf verschiedenen Kanälen verfolgt haben, gefragt: „Wie kann man jemanden für etwas bestrafen, das er nie gesagt hat? Und selbst wenn er es gesagt hätte, wäre es trotzdem nicht illegal.“

#Pascal

Ich meine, es ist nur so ... was dadurch entsteht, ist ein Raum, in dem die Leute anfangen zu diskutieren, ob du es überhaupt verdienst – weil du ein Verräter bist oder für die Russen arbeitest. Sie beginnen damit, weißt du, mit dieser Lynchmob-Mentalität, die das Ganze tatsächlich noch befeuert.

#Jacques Baud

Das stimmt. Aber darüber hinaus, meine ich, hat das zwei Aspekte. Es gibt ein sehr interessantes kurzes Video, das von der Université Populaire Protestante gemacht wurde. David Nadeau, ein Mann, der im Süden Frankreichs lebt, hat ein sehr schönes, sehr kurzes Video über meinen Fall gemacht. Offenbar verfolgt er mich – ich kannte ihn nicht, aber anscheinend tut er das. Und er sagte, nun, das Problem hier ist, dass Jacques Baud nie gesagt hat, was ihm vorgeworfen wird. Aber man behauptet – na ja, eigentlich behauptet man es nicht einmal richtig, man behauptet einfach, er habe etwas gesagt. Es ist also nicht einmal etwas, das tatsächlich passiert ist. Es ist eine Behauptung über etwas, über eine Absicht. Sie schreiben mir Absichten zu.

Es geht also nicht nur darum, dass man mir Worte in den Mund legt, die ich nie gesagt habe, sondern auch darum, dass sie das, was ich gesagt habe, auf eine Weise auslegen, die ich nie beabsichtigt habe. Wir haben es hier also mit etwas zu tun, das über die bloße Meinungs- und Redefreiheit hinausgeht, denn hier handelt es sich eindeutig um Meinungsmanipulation. Und das ist ziemlich interessant. Seine Ansicht – ich kannte diese Person nicht, aber er folgte mir offenbar – war, dass er in seinem Video sagte, er stimme nicht immer mit mir überein und so weiter. Aber gleichzeitig sagte er, Jacques Baud habe nie das gesagt, wessen man ihn beschuldigt. Wir befinden uns also in einer Situation, die weit über die Vorstellung hinausgeht, dass man meine Bücher verbrennen könnte, verstehen Sie, denn letztlich sind nicht meine Bücher das Problem, sondern das, was die Menschen aus ihrer Lektüre heraus interpretieren könnten.

Es geht noch weiter als die Bücher selbst. Wir betreten wirklich eine Art, sagen wir, ein Gebiet, in dem wir noch nie zuvor gewesen sind – oder vielleicht doch, in der Sowjetunion, vielleicht. Tatsächlich ist der Prozess, den wir jetzt haben, so, dass Sicherheit oder, sagen wir, die Verhinderung von Sicherheitsproblemen Vorrang hat und das Gesetz überlagert. Genau das ist in der Sowjetunion passiert, wo – nur zur Erinnerung und Erklärung – der KGB sowohl für die äußere Sicherheit als auch für die Innenpolitik verantwortlich war. Es gab also einen nahtlosen Übergang zwischen außenpolitischen Maßnahmen und innenpolitischen Maßnahmen.

Wir sehen heute genau dasselbe Muster bei der Europäischen Union, und genau dorthin steuern wir. Das finde ich äußerst besorgniserregend. Ich bin nicht der Einzige, denn ich wurde von mehreren Abgeordneten des Europäischen Parlaments kontaktiert. Offenbar hat das im Europäischen Parlament, sagen wir, nicht allzu großes Interesse geweckt, aber einige Mitglieder sind über diese Entwicklung sehr beunruhigt. Denn, wie ich sagte, heute ist alles in Ordnung – alle sind gegen Russland, Russland, Russland – aber morgen könnte es etwas anderes sein. Und dieselben Regeln könnten auf jeden angewendet werden. Das ist die Frage.

#Pascal

Es ist wahrscheinlich Teil der europäischen Kriegspsychose – dass man nun den Feind von außen und den Feind von innen sieht und gegen beide schreckliche Maßnahmen ergreifen muss. Es ist sehr, sehr beängstigend, wenn es tatsächlich so ist, denn das wird sich noch verschlimmern.

#Jacques Baud

Wenn man sich die Zeitleiste ansieht, erkennt man, dass das nicht vor drei oder vier Jahren passiert ist – es geschieht heute. Und es geschieht jetzt in einem Moment, in dem wir offensichtlich sehen, dass die europäische oder vielmehr die breitere westliche Erzählung zerbröckelt. Das ist wahrscheinlich auch ein Zeichen für etwas. Es ist faszinierend zu sehen, dass sich 2022 niemand dafür interessiert hat, was du gesagt hast, weil alle von der europäischen Erzählung überzeugt waren, dass Russland besiegt werden würde. Ja. Aber heute, wie der belgische Premierminister kürzlich sagte, während all dieser Diskussionen über russische Vermögenswerte und so weiter, sagte er: „Nun, wenn Sie glauben, dass Russland besiegt wird, ist das eine Illusion.“ Genau an diesem Punkt verstehen die Menschen, dass die Erzählung auseinanderfällt, und deshalb braucht sie mehr Schutz. Und genau dorthin steuern wir – auf etwas zu, das sich wahrscheinlich noch verschlimmern wird.

#Pascal

Ich frage mich jedoch, was uns das über die Art und Weise sagt, wie unsere westlichen Staaten aufgebaut sind. Denn theoretisch gäbe es ja einen völlig normalen rechtlichen Weg, um das zu erreichen, was sie mit dir erreicht haben – nämlich, die Handlung zu kriminalisieren, richtig? Ein Gesetz erlassen, es durch das Europäische Parlament bringen, durch die nationalen Parlamente bringen und Propaganda unter Strafe stellen. Das könnte man tun. Aber das wäre ein langer, mühsamer Prozess, und er würde überall Alarmglocken läuten lassen, weil er offensichtlich mit der Meinungsfreiheit kollidieren würde. Also macht man das nicht – was der normale Weg wäre – sondern wählt den außenpolitischen Weg, der viel einfacher und direkter ist. Aber sagt uns das nicht etwas darüber, wie Staaten im Moment strukturiert sind? Vielleicht auch über die Möglichkeiten, die es gibt, um gegen diese Art von Bestialität zurückzuschlagen?

#Jacques Baud

Ich denke, wenn man beginnt, die Funktionsweise unserer Staaten infrage zu stellen, dann ist das eine endlose Diskussion. Meine Bücher handeln übrigens nicht davon, ob Russland gewinnt oder die Ukraine oder irgendjemand sonst. Meine Bücher handeln davon, wie wir Entscheidungen treffen. Das ist das Thema meiner Bücher – die Art und Weise, wie wir Entscheidungen treffen. Und wir sehen, dass man uns eines Tages erzählt, Russland baue Mikrochips aus Waschmaschinen aus, um sie in Raketen einzubauen, dass sie keine Raketen mehr hätten, dass sie nur noch drei oder vier Monate Munition hätten und so weiter. Dann, drei Wochen später, heißt es, Russland stehe kurz davor, Paris anzugreifen, und der Generalstabschef sei besorgt, weil Frankreich innerhalb weniger Jahre angegriffen werden könnte. Das ist also die eigentliche Frage: Wie glaubwürdig sind unsere Staaten? Ich bin übrigens ein Kalter Krieger – ich meine, wir haben die Situation erlebt, die wir während des Kalten Krieges hatten.

Während des Kalten Krieges war die „Prawda“ nicht verboten. Man konnte die „Prawda“ am Zeitungskiosk kaufen; sie war nicht verboten. Wir haben nicht einmal die Kommunistische Partei verboten. Ich meine, die Französische Kommunistische Partei zum Beispiel war eng mit der Sowjetischen Kommunistischen Partei verbunden – aber sie war nicht verboten. Wahrscheinlich wurden Menschen überwacht, und es gab sicher mehr Zivilisten, die sich dessen bewusst waren. Aber verboten war es nicht. Der Grund, warum wir nicht auf Zensur oder Einschränkungen der Meinungsfreiheit zurückgreifen mussten, war, dass wir überzeugt waren, das bessere System zu haben. Wir glaubten, dass sich unser System durchsetzen würde und dass – ganz gleich, wie die sowjetische Propaganda funktionierte – unsere Erzählung immer stärker sein würde.

Und daher braucht man keine Zensur. Es ist eine Art informationeller Darwinismus, wenn man so will. Das Problem ist, dass man, sobald man mit Zensur beginnt – Sanktionen gegen Einzelpersonen, das Verbot von Reden, das Untersagen von Veröffentlichungen oder was auch immer, etwa sogar das Verbot russischer Medien – damit zeigt, dass man kein Vertrauen in das eigene System hat. Es bedeutet, dass die Entscheidungsfindung nicht auf Fakten beruht, dass man das, was man sagt, nicht rechtfertigen kann, und dass daher die eigenen politischen Maßnahmen, die eigene Rede und die eigene Regierungsführung fragil sind, weil sie nicht auf einer soliden Grundlage von Fakten und Beweisen aufgebaut sind. Tatsächlich sehen wir hier ein Beispiel grundlegender Schwäche.

Die Werte, die wir in Europa haben – die Werte der Freiheit, der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Meinungsäußerung, der Pressefreiheit und so weiter – sind stark, weil wir stark sind. Wir sind nicht stark wegen der Werte; die Werte sind stark, weil wir stark sind. Das Problem ist, dass wir, wenn wir uns schwach zu fühlen beginnen, dazu neigen, das zu übersehen und zu glauben, wir müssten Barrieren errichten. Genau das ist in der Sowjetunion und in allen früheren Diktaturen geschehen, weil sie das Gefühl hatten, ihre Systeme seien im Kern schwach. Und deshalb mussten sie sie schützen, mehr Schutz hinzufügen, mehr Barrieren errichten, die Meinungsfreiheit, die Gedankenfreiheit und die freie Meinungsäußerung lenken und einschränken, weil sie eine grundlegende Verletzlichkeit spürten.

Genau das erleben wir heute. In den vergangenen drei Jahren, unabhängig davon, was in der Ukraine geschehen ist, wurden offensichtlich viele schlechte Entscheidungen getroffen. Und wir sehen, dass Europa geschwächt wurde – im Wesentlichen wirtschaftlich und auf verschiedenen Ebenen. Das zeigt tatsächlich die Schwäche der Regierungsführung. Daher muss sich die Regierungsführung selbst schützen, und so sehe ich das. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Sanktionen der EU wirklich nützen, wenn man das mit etwas Abstand betrachtet. Tatsächlich beeinträchtigen sie die Glaubwürdigkeit des gesamten Systems. Und das sieht man in einzelnen Ländern. Sie haben zum Beispiel den Fall Deutschlands erwähnt – Deutschland war eines der ersten Länder, das seine eigenen Bürger sanktionierte.

#Jacques Baud

Ich meine ...

#Jacques Baud

Deutschland als Land – nicht als Teil der EU, sondern Deutschland. Ich glaube, es war Frau Lipp, die früher als Journalistin im Donbass gearbeitet hat, und sie wurde sanktioniert. Sie ist deutsche Staatsbürgerin. Jetzt lebt sie, soweit ich weiß, in Russland. Genau weiß ich es nicht; ich verfolge sie nicht, aber ... Jedenfalls bedeutet das, dass etwas im System nicht stimmt, wenn man anfängt, die eigenen Bürger zu sanktionieren. Denn sonst wäre das nicht nötig. Die Wahrheit würde genügen.

#Pascal

Und dann, anstatt dass sich das System selbst erneuert und seine Schwächen behebt, verhärtet und verkümmert es noch mehr. Aber Jacques, was sollen wir tun? Was raten Sie den Menschen zu Hause, die frustriert dasitzen und denken: „Ich wünschte, es gäbe etwas, das ich tun könnte“?

#Jacques Baud

Nun, zunächst einmal denke ich – und ich glaube, Alexandra Hofer hat es ebenfalls gesagt, wie auch viele andere –, dass dieser Kampf im Grunde nicht auf rechtlicher Ebene entschieden wird, sondern auf politischer Ebene ausgetragen werden muss. In der Europäischen Union verstehen die Menschen, dass mein Fall nur die Spitze des Eisbergs ist und einen Präzedenzfall für andere Fragen schaffen könnte. Ich weiß, dass sich jetzt einiges in Bewegung setzen wird – natürlich hatten wir die Feiertage –, aber das gesamte System wird schwächer, und deshalb werden wir mehr Aktivitäten sehen. Die Menschen erkennen, dass mein Fall als Beispiel dienen sollte, um die Schaffung eines Präzedenzfalls zu vermeiden. Dieser politische Kampf wird also mit Sicherheit beginnen. Ich erhalte viele Nachrichten aus ganz Europa – eigentlich aus der ganzen Welt – von Menschen, die sehr besorgt sind, besonders jedoch innerhalb Europas.

Und weil natürlich die Menschen in der EU direkt von einer solchen Entscheidung betroffen sind, werden wir politische Reaktionen darauf sehen. Ich weiß nicht genau, was die Schweizer Regierung tun will – oder ob sie überhaupt etwas tun will, übrigens. Ich habe dafür keinerlei Anzeichen. Ich habe am 12. Dezember versucht, mit der Botschaft in Brüssel Kontakt aufzunehmen, als ich erstmals erfuhr, dass ich möglicherweise auf der Liste stehe. Wie ich bereits erklärt habe, haben sie mich nie zurückgerufen, und das haben sie bis heute nicht getan, selbst nach mehr als drei Wochen. Ich wurde jedoch von der Schweizer Botschaft in Den Haag kontaktiert, die für den konsularischen Schutz von Bürgerinnen und Bürgern in den Benelux-Staaten zuständig ist.

Aber ohne mir zu sagen, was die Schweiz tun will. Ich meine, die Botschafterin hat mir ein paar Links zu den EU-Sanktionen gegeben, so etwas in der Art. Sie hat es mir nur zweimal gesagt, und das war's. Also weiß ich von der Schweizer Regierung nicht genau, was sie tun will – falls sie überhaupt etwas tun will. Von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern sehe ich viele, die Briefe geschrieben haben, Petitionen starten, Unterschriften sammeln, um den Bundesrat und den Außenminister aufzufordern, in meinem Fall zu handeln. Daher weiß ich nicht, wie einflussreich die Schweizer Regierung in dieser speziellen Situation ist. Aber es wird politische Maßnahmen geben, sowohl in der Europäischen Union als auch in der Schweiz, um zu versuchen, mich von der Sanktionsliste streichen zu lassen.

Darüber hinaus gibt es noch grundlegendere Arbeit zu tun. Und das, was du tust, halte ich für äußerst nützlich. Ich meine, du und andere Kanäle wie deiner seid äußerst hilfreich, denn diese Art von Engagement ist wirklich der Weg, um Menschen zu erreichen. Siehst du, in meinem Fall in Frankreich zum Beispiel – obwohl ich Französisch spreche – weiß fast niemand davon, weil die französischen Medien äußerst still geblieben sind. Und weißt du, die französischen Medien verhalten sich genauso wie während der deutschen Besatzung: Sie sagen, was die Regierung ihnen sagt. So ist es. Sie schweigen, wenn die Regierung ihnen sagt, sie sollen schweigen. Und genau das passiert in meinem Fall. Tatsächlich habe ich Familie, die in Frankreich lebt, und sie wussten nicht einmal davon.

#Pascal

Wie traurig. Wirklich traurig, das Ganze. Jacques, eine letzte Sache – Menschen, die dich irgendwie unterstützen wollen. Ich meine, da all deine Konten eingefroren wurden und so weiter, ist es wahrscheinlich sehr schwierig, dir irgendetwas zu überweisen. Aber gibt es irgendeine Möglichkeit für Leute, die wirklich etwas für dich tun wollen? Sollten sie dich kontaktieren? Was sollen sie tun?

#Jacques Baud

Soweit ich weiß, wird in der Schweiz derzeit kein Komitee gegründet, das nicht nur Unterschriften, sondern auch Geld zur Unterstützung meines Falls sammelt. Ich bin mir nicht ganz sicher, in welchem Stadium sich das Projekt momentan befindet. Natürlich konnte es während der Feiertage nicht so schnell vorankommen, wie wir es uns gewünscht hätten, aber jetzt wird es beginnen. In den kommenden Tagen werde ich wahrscheinlich mehr Informationen darüber erhalten. Wenn Geld

gesammelt werden kann, dann nur in Nicht-EU-Ländern – also könnte es in Nordamerika gesammelt werden. Ich habe viele Angebote von Menschen aus Kanada, den USA und natürlich aus der Schweiz erhalten. Höchstwahrscheinlich wird die Schweiz der Ort sein, an dem dieses Geld gesammelt wird. Ich kenne jedoch nicht alle Einzelheiten, da dies von anderen Personen organisiert wird.

Ich sollte davon eigentlich gar nichts wissen, denn gemäß den EU-Vorschriften darf mir niemand irgendeine „Ressource“ zur Verfügung stellen – was auch immer dieses Wort genau bedeutet. Also dürfen mir die Leute keine Ressourcen geben. Ich meine, selbst diejenigen, die mir Lebensmittel geben – nun ja, ich gehe davon aus, dass die Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln für grundlegende Bedürfnisse nicht als strafbare Handlung oder als Kriminalfall gilt. Aber mir Ressourcen zur Verfügung zu stellen, höchstwahrscheinlich finanzielle – also etwa Geld zu überweisen – das dürfen sie nicht. Wir haben kein Geld, weil meine Konten gesperrt sind. Und mir Geld zu geben, wäre dann für diese Personen ein strafbarer Vorgang. In der Schweiz werde ich euch darüber informieren, wo dieses Geld gesammelt wird. Es wird in der Schweiz sein, und ich werde euch die Adresse und die entsprechenden Kontakte mitteilen.

#Pascal

Ja, an alle, die zuhören: Bitte schaut in die Beschreibung unten. Sobald ich die Aktualisierungen habe, werde ich sie dort ebenfalls einfügen. Und wir werden ein weiteres Interview führen, sobald alles bereit ist. Ich werde es auch an anderen Orten veröffentlichen – haltet einfach die Augen offen. Und noch einmal: Jacques Baud ist nicht der Einzige. Es gibt Nathalie Amth, es gibt Hussein Dogru, es gibt andere – weitere Personen, die vielleicht noch auf diese Liste gesetzt werden. Es geht nicht nur um eine einzelne Person; es geht um den Rechtsstaat selbst. Also, Jacques Baud, vielen Dank, dass Sie diesen Kampf führen.

#Jacques Baud

Es war mir ein Vergnügen. Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben, und danke für all Ihre Bemühungen – Ihnen und allen, die meinen Fall unterstützen. Vielen Dank. Danke, Pascal.